

# „Nicht null, sondern nahe bei null“

Finanzminister Hans Eichel über sein Versprechen, den Haushalt bis 2004 auszugleichen

**SPIEGEL:** Herr Eichel, in letzter Minute haben Sie den blauen Brief abgegeben. Empfinden Sie das als Triumph?

**Eichel:** Nein. Aber es wäre klüger gewesen, die EU-Kommission hätte auf diese ganze Prozedur verzichtet – und alle Euro-Länder hätten sich von Anfang an auf eine gemeinsame Lösung geeinigt. Dies ist ja nun geschehen. Es wurde festgestellt, was ich immer gesagt habe und die Kommission nie bestritten hat: Die Bundesregierung verhält sich konform zum Stabilitätspakt.

**SPIEGEL:** Im Gegenzug für diese Nettigkeit mussten Sie aber ein Versprechen abgeben, das Sie kaum einhalten können: Deutschland muss 2004 einen ausgeglichenen Gesamtetat vorlegen – und damit noch rigider sparen als bisher.

**Eichel:** Das ist so nicht richtig. Ich habe mich nur verpflichtet, das zu tun, was alle anderen Staaten auch machen. Es war immer klar: 2004 müssen wir, wie die Vereinbarung sagt, „close to balance“ sein, also den Haushalt für den Gesamtstaat „nahezu“ ausgleichen.

**SPIEGEL:** Moment. Zuletzt ging die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass dies erst 2006 der Fall ist – und nicht schon 2004.

**Eichel:** Im Stabilitätsprogramm sind wir immer von einem ausgeglichenen Gesamthaushalt 2004 ausgegangen. Nur unter ungünstigen Bedingungen könnte es 2006 werden. Aber die EU-Kommission ist wesentlich optimistischer – und glaubt deshalb, dass wir unsere Defizite eher zurückfahren können. Im Übrigen: „Nahezu“ ausgleichen heißt nicht, dass wir exakt bei null landen müssen, sondern nahe bei null.

**SPIEGEL:** Was bedeutet „nahezu ausgeglichen“ denn in Milliarden?

**Eichel:** Das muss die Kommission definieren. Aber aus unserer Sicht wäre das Ziel bei einem Defizit von bis zu einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Das entspräche einem gesamtstaatlichen Defizit von rund zehn bis zwölf Milliarden Euro.

**SPIEGEL:** Ist das angesichts der flauen Konjunktur wirklich zu schaffen?

**Eichel:** Ob sich die Sicht der EU-Kommission bewahrheitet, kann ich natürlich nicht sagen. Alle Ebenen des Staates, Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen, müssen deshalb ihren Beitrag leisten. Für den Bund heißt dies: Wir müssen unsere Reformpolitik fortsetzen, vor allem im Gesundheitswesen und am Arbeitsmarkt. Wir werden im Zuge der anspringenden Konjunktur zusätzliche Anstrengungen unternehmen.

**SPIEGEL:** Nach unserer Berechnung muss allein der Bund in den nächsten zwei Jahren nochmals bis zu zehn Milliarden Euro mehr als geplant einsparen.

**Eichel:** Das sind Ihre Zahlen. Ich lege meine mit dem Etat 2003 und 2004 vor.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass Ihre Kollegen im Kabinett da mitziehen werden?

**Eichel:** Davon gehe ich aus. Der Stabilitätspakt ist eine gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung. Es wäre für niemanden auszuhalten, wenn Deutschland da ausschert.

**SPIEGEL:** Offenbar ist diese Botschaft aber noch nicht wirklich angekommen. Für Großprojekte wie den Militär-Airbus oder den Transrapid ist jedenfalls weiterhin reichlich Geld da.

**Eichel:** Zum einen sind das Projekte, die erst in einigen Jahren wirklich voll zu Buche schlagen werden. Zum anderen müssen die nötigen Mittel natürlich im fest vorgegebenen Rahmen des Haushalts erwirtschaftet werden. Aber das heißt nicht, dass wir auf wichtige Technologie- oder Rüstungsprojekte verzichten. Gegebenenfalls muss anderes zurückstehen.

**SPIEGEL:** Selbst wenn Sie sich im Bund durchsetzen, dürften Ihre Kollegen in den Ländern kaum mitziehen. Die werfen Ihnen „Traumtänzerei“ vor, weil Sie ein Versprechen abgegeben haben, das Sie allein nicht erfüllen können.

**Eichel:** Ich will nicht für zusätzliche Spannungen sorgen. Aber: Jeder hat eine Verantwortung. Es gibt Länder, die sich an die Absprachen halten, die wir im Finanzplanungsrat getroffen haben, dem Gremium von Bund und Län-

dern. Demnach dürfen die Ausgaben maximal um zwei Prozent jährlich steigen. Aber es gibt auch Länder, die diese Empfehlung deutlich überschritten haben. Das treibt das Defizit.

**SPIEGEL:** Dies wollen Sie nun durch einen so genannten nationalen Stabilitätspakt unterbinden. Wie geht das?

**Eichel:** Die Grundlage dafür gibt es ja bereits: Wir haben im vergangenen Jahr im Rahmen der Verhandlungen über den Solidarpakt beschlossen, dass alle Länder, ebenso wie der Bund, ihre Neuverschuldung stetig reduzieren müssen – mit dem Ziel, den Haushalt auszugleichen. Wer dagegen nachhaltig verstößt, bekommt vom Finanzplanungsrat entsprechende Empfehlungen, damit er eingreift.

**SPIEGEL:** Aber Sie haben kein Druckmittel, um die Länder wirklich zu dieser Ausgabendisziplin zu zwingen.

**Eichel:** Nein, bisher nicht. Das müsste in einem nationalen Stabilitätspakt enthalten sein. Wer über die Stränge schlägt, würde dann mit Sanktionen belegt. Das wird sicherlich ein schwieriges Thema. Damit ist mein Vorgänger Theo Waigel schon einmal gescheitert.

**SPIEGEL:** Lässt sich solch ein Pakt noch vor der Wahl hinkriegen?

**Eichel:** Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen zumindest ein gemeinsames, freiwilliges Verhalten verabreden können. Angesichts der sehr schwierigen Haushaltssituation, in der wir uns alle befinden, müssten alle daran ein Interesse haben.

**SPIEGEL:** Der Wähler muss also nicht damit rechnen, dass Sie Ihr ehrgeiziges Versprechen von Brüssel demnächst wieder kassieren? Der Kanzler hat das bei der Zahl von 3,5 Millionen Arbeitslosen ja schon vorgemacht.

**Eichel:** Wir werden alles daransetzen, unser Ziel zu erreichen, aber der Bund allein kann es nicht. Wer sich dieser Gesamtverantwortung entziehen will, wird seine Quittung sicher bei den Wahlen bekommen.

INTERVIEW: ULRICH SCHÄFER